2016 | Jahrgang 13 | 3. Quartal

Demografische Forschung

Aus Erster Hand

Eine gemeinsame Publikation des Max-Planck-Instituts für demografische Forschung, des Rostocker Zentrums zur Erforschung des Demografischen Wandels, des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung, des Vienna Institute of Demography / Austrian Academy of Sciences und des Wittgenstein Centre for Demography and Global Human Capital.

Editorial

Ungleichheiten demografischer Entwicklungen

Fortschritte in der Medizin, wachsendes Gesundheitsbewusstsein, sowie positive wirtschaftliche Entwicklungen tragen wesentlich zu demografischen Entwicklungen wie dem Anstieg der Lebenserwartung, aber auch der Erfüllung des Kinderwunsches und der Vereinbarkeit von Beruf und Familie bei. Inwieweit zeigen sich hier jedoch Unterschiede zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen?

Eine der unumstrittensten Thesen in der Demografie ist sicherlich der positive Zusammenhang zwischen Bildung und Lebenserwartung. Jedoch ist das Ausmaß der Ungleichheit in der Sterblichkeit zwischen unterschiedlichen Bildungsgruppen in den letzten Jahren angestiegen. Wie der erste Beitrag von Jasilionis und Shkolnikov eindrucksvoll zeigt, hat sich selbst in Ländern wie Schweden der Unterschied in der Lebenserwartung zwischen höchster und niedrigster Bildungsgruppe innerhalb von zwölf Jahren verdoppelt. Auch wenn der Anteil niedriger Bildungsgruppen sinkt, so zeigt diese Entwicklung, dass gering Gebildete in wachsendem Ausmaß eine selektive Gruppe darstellen, die sowohl einen ungesünderen Lebensstil pflegen als auch von den positiven sozioökonomischen Entwicklungen weniger profitiert.

Ungleichheiten gibt es aber auch in Einstellungen, welche die demografischen Entwicklungen prägen. Der zweite Artikel von Panova und Buber-Ennser veranschaulicht dies anhand von Einstellungen zur Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Kindererziehung. Besonders kritisch wird die Berufstätigkeit von Müttern in Osteuropa gesehen, während in Ländern wie Norwegen die Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Kindererziehung positiv beurteilt wird. Ungleichheiten zeigen sich auch zwischen sozioökonomischen Gruppen innerhalb von Ländern, wo etwa besonders schlecht gebildete Personen eine Berufstätigkeit von Müttern negativ beurteilen.

Auch in der Realisierung eines Kinderwunsches zeigen sich große Ungleichheiten nach Bevölkerungsgruppen, wie der dritte Beitrag von Kuhnt und Trappe zeigt. Hier gilt insbesondere eine stabile Partnerschaft als Garant für die Realisierung der Familienplanung, wobei aber auch die Erwerbstätigkeit eine zentrale Rolle spielt. Arbeitslosigkeit und geringfügige Beschäftigung erschweren die Familienplanung.

Alexia Fürnkranz-Prskawetz
Vienna Institute of Demography

Max-Planck-Institut für demografische Forschung

Lebenserwartung: Trends bei Hochgebildeten weisen den Weg

Unterschiede zwischen gut und wenig Gebildeten nehmen zu

Das letzte Jahrhundert hat uns einen beispiellosen Anstieg der Lebenserwartung beschert. Mit jedem Jahr kamen gut drei Monate hinzu – im Durchschnitt. Denn wie viele Jahre ein Mensch voraussichtlich leben wird, hängt auch davon ab, wie gut seine Bildung ist. Der vergleichsweise starke Anstieg bei der Lebenserwartung der hoch Gebildeten sollte zum Nachdenken anregen, wie andere Bevölkerungsteile diesem Trend schneller nachfolgen können.

Für fast alle Länder gilt: Wer eine hohe Bildung hat, lebt in der Regel einige Jahre länger als Personen mit niedrigerem Bildungsgrad. Die Lebenserwartung hoch gebildeter Bevölkerungsschichten liegt oft sogar über dem weltweiten Rekord-Niveau, das in Ländern wie Japan oder der Schweiz erreicht wird (vgl. Abb. 1 und 2). Allerdings bereitet es einige Schwierigkeiten, die unterschiedlichen Bildungsschichten auf ihre Sterblichkeit zu untersuchen und die Daten so aufzubereiten, dass sie international vergleichbar sind. Werden etwa Zensusdaten und Sterbedaten verwendet, tritt oft das Problem auf, dass der höchste Bildungsabschluss zum Todeszeitpunkt ein anderer sein kann als in der Zensusbefragung. Zudem gibt es international unterschiedliche Bildungsklassifikationen, die einen Vergleich erschweren. Und schließlich ändern sich die Anteile der unterschiedlichen Bildungsklassen an der Gesamtbevölkerung: War in Deutschland ein Hochschulabschluss Anfang des 20. Jahrhunderts gerade für Frauen noch eine große Ausnahme, so hat heute bereits etwa jede Vierte ein Fachhochschul- oder

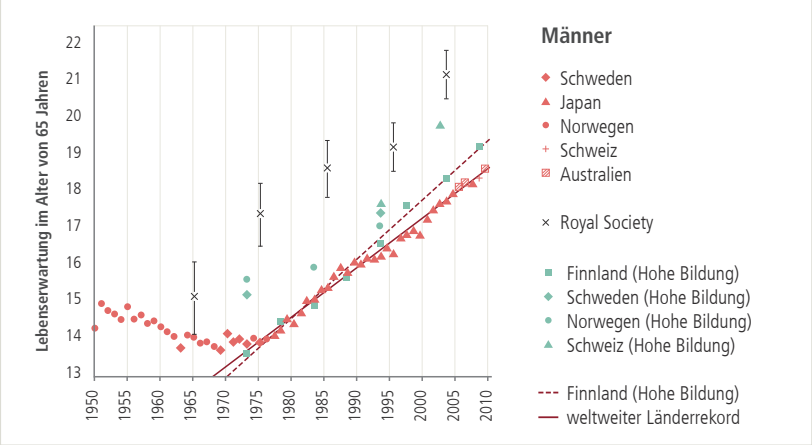

Abb. 1: Die Grafik zeigt, wie sich die Lebenserwartung von Männern im Alter von 65 Jahren in jenen Ländern entwickelt hat, die den jeweiligen weltweiten Spitzenwert verzeichneten. Eine noch höhere Lebenserwartung erreichen allerdings die gebildeten Schichten der hier aufgeführten Länder, sowie vor allem die Mitglieder der Royal Society in Großbritannien. Quelle: Human Mortality Data Base 2016, unveröffentlichte Daten der Statistikämter in Finnland, Schweden und Norwegen (für genaue Angaben siehe www.demografische-forschung.org).

→

Hochschulzeugnis in der Tasche. Aus einer privilegierten und sehr selektiven Gruppe ist so eine sozial sehr viel breitere Bevölkerungsschicht geworden. Andersherum ist die Gruppe der gering Gebildeten sehr viel kleiner und damit selektiver geworden.

Trotz dieser Herausforderungen haben sich Domantas Jasilionis und Vladimir Shkolnikov vom Max-Planck-Institut für demografische Forschung in Rostock daran gewagt, einen internationalen Überblick zu diesem Thema zu erstellen. Am besten dokumentiert ist dabei die Entwicklung in den nordeuropäischen Ländern, die über sehr gute Daten zur Lebenserwartung nach Bildungsgrad verfügen. Diese zeigen auf, dass die Schere zwischen den Bildungsschichten in den letzten Jahren weiter auseinandergegangen ist. In Schweden etwa verdoppelte sich der Abstand zwischen der niedrigsten und der höchsten Bildungsschicht innerhalb von zwölf Jahren. So lag im Jahr 1988 bei männlichen Hochgebildeten die verbleibende Lebenserwartung im Alter von 30 Jahren bei 48 Jahren. Schwedische Männer mit niedrigem Bildungsstand hatten dagegen eine um etwa drei Jahre geringere durchschnittliche Lebensdauer.

Im kurzen Zeitraum bis zum Jahr 2000 war die Lebenserwartung in beiden Bildungsschichten gestiegen, der Unterschied zwischen ihnen jedoch gleichzeitig auf fünf Jahre angewachsen. Bei den schwedischen Frauen ist die Entwicklung ähnlich: Im Jahr 1988 betrug der Unterschied zwischen den beiden Bildungsgruppen zwei Jahre, im Jahr 2000 lag er bereits bei vier Jahren. Dabei gelten gerade die skandinavischen Länder als Staaten, die umfangreiche politische Maßnahmen ergreifen, um Ungleichheit in der Bevölkerung entgegenzuwirken.

Vergleiche mit anderen europäischen Ländern sind aufgrund der unterschiedlichen Datenerhebung und Analysemethoden mit Vorsicht zu interpretieren. In der Tendenz lässt sich aber feststellen, dass neben Skandinavien auch in Belgien, Frankreich und der Schweiz die Lebenserwartung der Hochgebildeten schneller wächst. Besonders große und weiter steigende Unterschiede gibt es in zentral- und osteuropäischen Ländern, wie exemplarisch anhand von Daten für Litauen, Estland und Russland aufgezeigt wird. Ein besonders extremes Beispiel ist die Lebenserwartung der russischen Männer. Zur Jahrtausendwende betrug der Unterschied zwischen der höchsten und der niedrigsten Bildungsschicht rund 13 Jahre.

Vergleichsweise klein scheint die Schere in England und Wales sowie einigen südeuropäischen Regionen zu sein. Diese Zahlen sind aber mit Vorsicht zu interpretieren, und sollten durch Studien mit verbesserter Datengrundlage überprüft werden. In den USA ist die Situation ähnlich wie in West- und Nordeuropa. Auffällig ist hier, dass es in den 1980ern und 1990ern gerade bei der Lebenserwartung der Frauen große soziale Unterschiede gab. Einige Studien fanden bei den am geringsten gebildeten, weißen nicht-hispanischen Frauen sogar einen Rückgang der durchschnittlichen Lebensdauer. Allerdings sind auch diese Ergebnisse zumindest teilweise auf Veränderungen bei den Anteilen einzelner Bildungsschichten zurückzuführen: Frauen, die 1950 einen niedrigen Bildungsabschluss hatten, waren eine weit größere und weniger selektive Gruppe als diejenigen Frauen, die 1980 zu den am wenigsten Gebildeten gehörten.

Dass kleine, selektive Gruppen extreme Werte erreichen können, zeigt sich auch am Beispiel besonders hoher Lebenserwartungen: So finden sich etwa bei religiösen Kleingruppen wie den Mormonen oder den Siebenten-Tags-Adventisten in den USA und Norwegen Spitzenwerte bei der Lebenserwartung, die jene der Rekord-Länder weit übersteigen. In beiden Gruppen sind Nikotin und Alkoholkonsum verboten. Diese und möglicherweise weitere Besonderheiten in der Lebensführung führen dazu, dass die Sterblichkeit im Allgemeinen und die Krebssterblichkeit im Besonderen sehr niedrig ist. Das gilt ebenso für die Mitglieder akademischer Organisationen wie etwa der Royal Society in Großbritannien sowie der nationalen Akademien in Deutschland, Österreich und Russland. Ausschlaggebende Faktoren neben der sehr hohen Bildung der Mitglieder könnten eine gesündere Lebensweise, ein höheres Einkommen sowie durchschnittlich bessere Lebensbedingungen in der Kindheit sein.

Die Zugewinne in der Lebenserwartung gehen in allen Bildungsschichten auf die niedrigere Sterblichkeit ab 65 Jahren zurück. Seit den späten 1960er und 1970er Jahren verbesserte sich mit der so genannten kardiovaskulären Revolution die Behandlung von Herz- und Kreislauferkrankungen ganz erheblich und ließ die Sterblichkeit im hohen Alter sinken. Dass sich vor allem die Hochgebildeten diesen Vorteil zunutze machen konnten, zeigen die Anteile der Altersgruppen an den Bildungsunterschieden (s. Abb. 3). Bei finnischen Männern etwa betrug der Unterschied zwischen Hochgebildeten und allen anderen Bevölkerungsschichten zu Beginn der 1970er 4,4 Jahre. Dabei ging allerdings nur knapp ein Drittel des Unterschieds auf eine geringere Sterblichkeit im Alter von über 65 Jahren zurück. 35 Jahre später ist der Unterschied auf gut sechs Jahre gewachsen, wobei davon bereits zweieinhalb Jahre auf eine geringere Sterblichkeit der gut Gebildeten im hohen Alter zurückgehen.

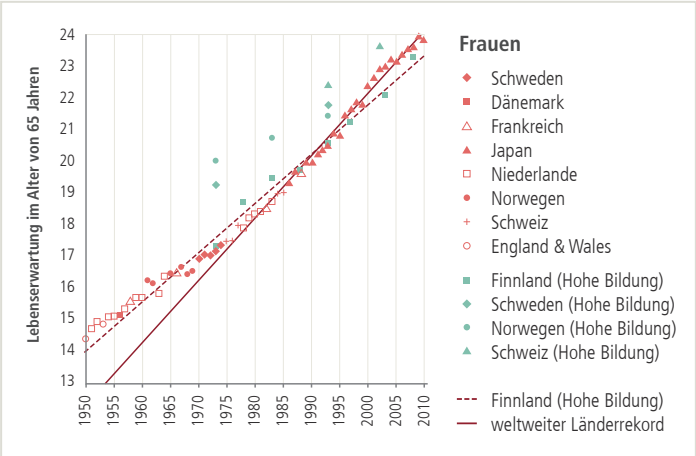

Abb. 2: Auch bei den Frauen erreichen gut gebildete Schichten, etwa in der Schweiz, eine durchschnittliche Lebenserwartung, die deutlich über dem weltweiten Länderrekord liegt. Quelle: Human Mortality Data Base, unveröffentlichte Daten der Statistikämter in Finnland, Schweden und Norwegen (für genaue Angaben siehe www.demografische-forschung.org)

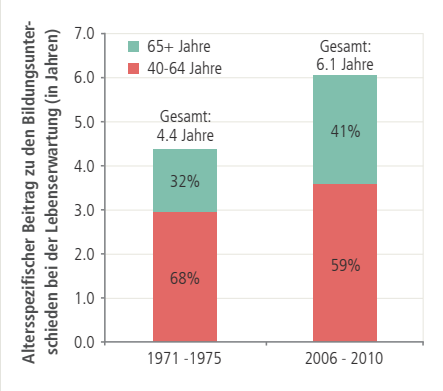

Abb. 3: Altersspezifischer Beitrag (in Jahren) zu den Bildungsunterschieden finnischer Männer bei der Lebenserwartung im Alter von 40 Jahren. Quelle: Statistics Finland; Martikainen et al., 2013 (für genaue Angaben siehe www.demografische-forschung.org)

Der aufgezeigte große Vorsprung der gut Gebildeten beim Anstieg der Lebenserwartung verdeutlicht, dass es genügend Potenzial für weitere Verbesserungen in der Lebenserwartung der mittleren und unteren sozialen Bevölkerungsschichten gibt. Rückgänge in der Lebenserwartung, wie sie in einigen Ländern bei gering Gebildeten beobachtet werden können, sind vermeidbar und stehen im Prinzip für viele unnötige frühe Todesfälle. Insgesamt, so schließen die Autoren, ist mit einem weiteren Anstieg der Lebenserwartung zu rechnen. So war etwa bei schwedischen Männern zwischen 1988 und 1999 die Hälfte des gesamten Anstiegs der Lebenserwartung ab 30 Jahren auf einen verbesserten Bildungsstand der Bevölkerung zurückzuführen. Dieser Trend könnte sich auch in vielen anderen Ländern fortsetzen. Damit jedoch die gesamte Bevölkerung irgendwann die Rekordwerte der Hochgebildeten erreicht, sind weitere medizinische Erfolge etwa bei der Behandlung von Alzheimer nötig, wie die Autoren schreiben. Zudem könnten andere Faktoren wie ein Anstieg der Scheidungen, ungünstige wirtschaftliche Rahmenbedingungen oder steigende Anteile von Übergewichtigen und Rauchern einer Erhöhung der Lebenserwartung in der Gesamtbevölkerung entgegenstehen.

Mitautor der wissenschaftlichen Studie:
Domantas Jasilionis

Literatur

Jasilionis, D., V.M. Shkolnikov:
Longevity and education: a demographic perspective. Gerontology 62(2016)3, 253-262.
DOI: 10.1159/000438901

Kontakt:
Jasilionis@demogr.mpg.de | Max-Planck-Institut für demografische Forschung

Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung

Von Rabenmüttern und Rabenvätern

Die Einstellungen zur Berufstätigkeit von Eltern unterscheiden sich stark in Europa

Leidet ein Vorschulkind, wenn seine Mutter arbeitet? Diese Frage wurde Eltern in 14 europäischen Ländern sowie in Australien und Japan gestellt. Die Antworten darauf fielen sehr unterschiedlich aus. Grundsätzlich wurde sie eher von Frauen und Nordeuropäern verneint. Etwas anders fiel das Ergebnis aus, als es um das Arbeitspensum der Väter ging.

Der kleine Rabennachwuchs flüchtet bereits aus dem Nest, wenn er noch gar nicht fliegen kann. Unbeholfen hüpft er dann auf dem Boden herum. Es ist aller Voraussicht nach dieses Bild der scheinbar verlassenen Vogelkinder gewesen, das den Begriff „Rabeneltern" im Deutschen geprägt hat. Und wenn er heute noch angewendet wird, so geht es oft eben darum: wann Kinder das Nest verlassen dürfen oder sollten, beziehungsweise wann Väter und besonders Mütter wieder beginnen zu arbeiten.

Die Meinungen dazu gehen in Europa weit auseinander. Wie weit, konnten Ralina Panova vom Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung in Wiesbaden sowie Isabella Buber-Ennser vom Vienna Institute of Demography mit Hilfe des Generations and Gender Survey (GGS) zeigen. Über 80.000 Menschen im Alter bis zu 45 Jahren hatten für diese Studie den Grad ihrer Zustimmung zu folgenden Aussagen angegeben: „Ein Vorschulkind leidet, wenn seine Mutter arbeitet" und „Kinder leiden oft, weil ihre Väter sich zu stark auf die Arbeit konzentrieren".

Arbeitende Mütter von Vorschulkindern werden vor allem in Osteuropa kritisch gesehen (vgl. Abb.1). In Ungarn glauben vier von fünf Befragten, dass die Kinder in diesem Fall leiden. Auch in Georgien (72%), Russland (64%), Bulgarien (62%), Polen (57%) und Litauen (56%) ist eine Mehrheit dieser Meinung. Westdeutschland, das aufgrund der unterschiedlichen kulturellen Prägungen unabhängig vom Osten des Landes erfasst wurde, führt mit 46% Zustimmung zu der Aussage die mittlere Gruppe an. Hierher gehören auch Australien und Rumänien (45%), Österreich (42%), sowie die Tschechische Republik (41%). Auch in Frankreich, einem Land, in dem die Mütter sehr häufig schon früh wieder arbeiten, sind immerhin 41% der Befragten der Meinung, dass die Kinder in einem solchen Fall leiden. Dass viele Mütter kleiner Kinder wieder arbeiten, bedeutet also nicht zwangsläufig, dass die Eltern negative Konsequenzen für ihre Kinder ausschließen. Vergleichsweise wenig Sorgen macht man sich hierüber in Belgien (29%), Japan (24%), Ostdeutschland (19%), sowie Estland (18%) und Norwegen (11%).

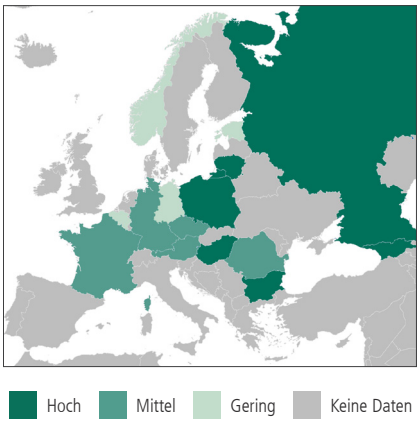

Abb. 1: Sehr traditionelle Ansichten gibt es vor allem in Osteuropa. Mit Rumänien, der Tschechischen Republik und vor allem Estland sind hier aber auch liberalere Einstellungen zur Erwerbstätigkeit von Müttern kleiner Kinder zu finden. Quelle: GGS

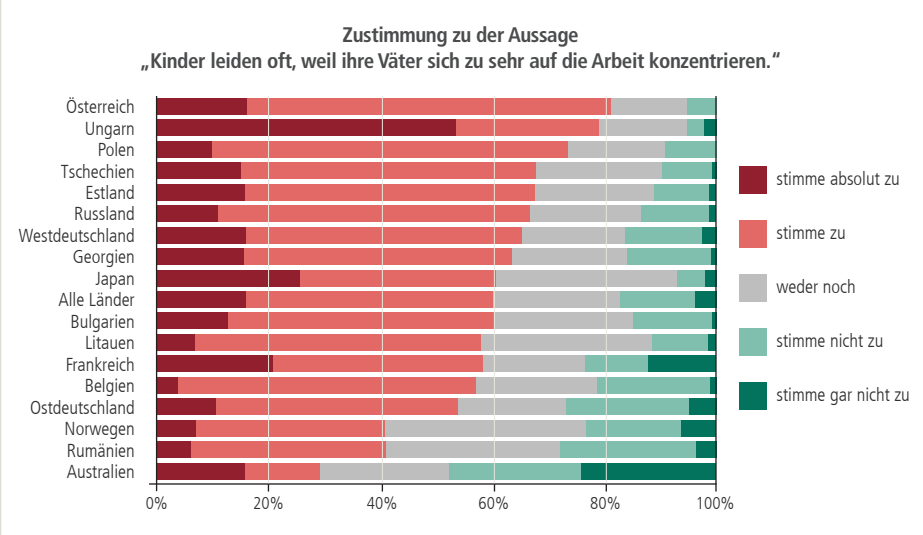

Abb. 2: Vor allem die Österreicher und viele Osteuropäer sehen ein Problem darin, dass Väter zu wenig Zeit für ihre Kinder haben. Quelle: GGS

Dabei waren es grundsätzlich eher die Männer, die bei der Erwerbstätigkeit ihrer Frauen negative Konsequenzen für die Kinder fürchteten. Erstaunlicherweise fielen die Geschlechterunterschiede ausgerechnet in Norwegen, einem der Vorreiter in Sachen Gleichberechtigung, sowie in Österreich und Westdeutschland sehr hoch aus. Auch in den meisten anderen Ländern hatten die Männer die traditionelleren Ansichten. Lediglich in Australien, Bulgarien und Georgien waren sie liberaler eingestellt als die Frauen. Darüber hinaus zeigte sich, dass ältere, schlecht gebildete, verheiratete sowie kinderreiche Studienteilnehmer der Erwerbstätigkeit von Müttern besonders kritisch gegenüber standen.

Inwieweit eine zu hohe Arbeitsbelastung der Väter als Problem angesehen wird, ist auf Grundlage der Daten weitaus schwieriger zu beantworten (vgl. Abb. 2). Denn die Aussage „Kinder leiden oft, weil sich ihre Väter zu sehr auf ihre Arbeit konzentrieren", kann unterschiedlich interpretiert werden: Entweder dass viele Kinder leiden, *weil* Väter zu viel arbeiten, oder dass Kinder oft leiden, *falls* ihre Väter viel arbeiten. Neben Ungarn (77%) und Polen (73%), die eine häufige Abwesenheit der Väter ähnlich problematisch finden wie die Erwerbstätigkeit von Müttern junger Kinder, ist auch Österreich mit 80% hier in der Gruppe mit hoher Zustimmung. Norwegen, Rumänien und Australien hingegen sehen die Rolle der Väter weniger kritisch. Das kann allerdings ebenso gut daran liegen, dass viele Väter schon sehr viel Zeit mit ihren Kindern verbringen, als auch daran, dass eine aktivere Rolle von Vätern gar nicht so stark gewünscht wird.

Mitautorin der wissenschaftlichen Studie:
Ralina Panova

Literatur

Panova, R., I. Buber-Ennser:
Attitudes towards Parental Employment: A Ranking across Europe, Australia, and Japan. In: Journal of Research in Gender Studies 6(2016)2: 11–37.

Kontakt:
ralina.panova@bib.bund.de I Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung

Rostocker Zentrum zur Erforschung des Demografischen Wandels

Vom Wunsch zum Kind

Eine stabile Beziehung ist in Deutschland der wichtigste Faktor bei der Entscheidung für ein Kind

Durch moderne Verhütungsmethoden sind ungewollte oder ungeplante Schwangerschaften selten geworden. Wenn ein Paar heute ein Kind bekommt, haben sich beide Partner zumeist bewusst dafür entschieden – oder? Werden Absichten, ein Kind zu bekommen oder auch nicht zu bekommen, tatsächlich auch umgesetzt? Eine neue Studie liefert die Antworten.

Schon die nackten Zahlen zeigen an, dass die Familienplanung nicht immer aufgeht: Von fast 2700 Frauen und Männern, die im Rahmen des deutschen Beziehungs- und Familienpanels (pairfam) angegeben hatten, in den nächsten zwei Jahren definitiv keine Kinder bekommen zu wollen, waren 142 Befragte (5%) genau in dieser Zeitspanne doch Eltern geworden. Andersherum geht der Plan noch weitaus seltener auf: Von den knapp 600 Befragten, die angaben, ganz sicher ein (weiteres) Kind bekommen zu wollen, hatte nicht einmal die Hälfte diesen Entschluss in die Tat umgesetzt. Insgesamt hatten am Ende der zwei Jahre 9,4 Prozent der Befragten ein geplantes und 4,1 Prozent ein ungeplantes Kind bekommen (vgl. Tab. 1).

Dennoch sind so genannte Fertilitätsintentionen, also die Absicht, zeitnah ein Kind zu bekommen oder nicht, in der Demografie ein wichtiger Wegweiser: Zum einen für die zukünftige Geburtenrate, für die berücksichtigt wird, dass Absichten nur zu einem gewissen Teil umgesetzt werden. Zum anderen aber auch für die Frage, welche Faktoren eine Familiengründung fördern oder behindern.

1. Befragung	Wiederbefragung nach zwei Jahren	Klassifikation	Anteil in %
Kind geplant	Geburt/ Schwangerschaft	Positive Absicht umgesetzt	9.4
Kind geplant	Keine Geburt/ Schwangerschaft	Positive Absicht aufgeschoben/ verworfen	19.7
Kein Kind geplant	Geburts/ Schwangerschaft	Negative Absicht revidiert/ nicht umgesetzt	4.1
Kein Kind geplant	Keine Geburt/ Schwangerschaft	Negative Absicht umgesetzt	66.9

Tab.1: Fast jeder Fünfte gab in der Studie an, in den nächsten zwei Jahren ein Kind bekommen zu wollen, und blieb doch ohne (weiteren) Nachwuchs. Quelle: parfaim (wave 1-3), eigene Berechnungen.

Gerade letztere sind für Deutschland bisher wenig analysiert worden, weil geeignete Daten fehlten. Daher haben Heike Trappe von der Universität Rostock und Anne-Kristin Kuhnt von der Universität Duisburg-Essen die pairfam-Daten auf diese Frage hin untersucht. Sie konnten dafür auf mehr als 4800 Probandinnen und Probanden zurückgreifen, die in den Jahren 1971 bis 1973 oder 1981 bis 1983 geboren wurden und zu verschiedenen Zeitpunkten umfangreiche Auskünfte über ihr Beziehungs- und Familienleben gegeben hatten.

Als ganz entscheidend für die Realisierung der Familienplanung erwies sich dabei die Partnerschaft. Hatten die Studienteilnehmerinnen und -teilnehmer eine stabile Beziehung, die sich über den Befragungszeitraum erstreckte, so war es sehr viel wahrscheinlicher, dass sie ein geplantes Kind auch tatsächlich bekamen, vor allem, wenn vorher bereits ein Kind geboren worden war. Selbst ungeplante Geburten waren bei Männern und Frauen in stabilen Beziehungen häufiger. Andererseits zeigen die Daten auch, dass ein Partnerwechsel die Wahrscheinlichkeit ungeplanter Geburten erhöht. Männer und Frauen, die innerhalb des Befragungszeitraumes eine Partnerschaft beendet haben oder eine neue Partnerschaft eingegangen waren, hatten im Anschluss zumeist keine Absicht, in Bälde ein (weiteres) Kind zu bekommen.

Ein zweiter wichtiger Faktor für die Umsetzung der Familienplanung ist die Erwerbstätigkeit. Probanden, die arbeitslos oder geringfügig beschäftigt waren, setzten ihre Entscheidung, ein Kind zu bekommen, viel seltener um und hatten häufiger überhaupt nicht die Absicht, Eltern zu werden. Bei Teilzeitbeschäftigten zeigte sich jedoch ein deutlicher Geschlechterunterschied: Frauen, die Teilzeit arbeiten, setzten ihre Entscheidung für ein Kind häufiger in die Tat um als Vollzeit beschäftigte oder arbeitslose Frauen. In Teilzeit arbeitende Männer hingegen gaben zumeist an, kein Kind bekommen zu wollen, und setzten eine positive Absicht seltener in die Realität um.

Darüber hinaus zogen Heike Trappe und Anne-Kristin Kuhnt für ihre Analyse auch schwerer fassbare Faktoren hinzu. Schließlich kann eine potentielle Großmutter, die ungeduldig auf ein Enkelkind wartet, durchaus die Familienplanung beeinflussen. Und tatsächlich gaben diejenigen, die nach eigener Aussage innerhalb der nächsten zwei Jahre ein Kind bekommen wollten, häufiger an, sozialen Druck durch Eltern oder Freunde zu verspüren. Für die Umsetzung der Familienplanung aber spielte dies den Daten zufolge keine entscheidende Rolle. Das gilt erstaunlicherweise auch für die durch das soziale Umfeld erwartete Unterstützung der jungen Familie. Insgesamt unterstreichen die Studienergebnisse die Relevanz der Stabilität bzw. Veränderung in den Bereichen Partnerschaft und Erwerbstätigkeit für die Familienplanung und deren Umsetzung.

Mitautorin der wissenschaftlichen Studie:
Heike Trappe

Literatur

Kuhnt, A.-K., H. Trappe:
Channels of Social Influence on the Realization of Short-term Fertility Intentions in Germany, in: Advances in Life Course Research 27(2016)1: 16-29. DOI: 10.1016/j.alcr.2015.10.002

Impressum

Herausgeber: James W. Vaupel, Max-Planck-Institut für demografische Forschung, Rostock
in Kooperation mit
- Gabriele Doblhammer, Rostocker Zentrum zur Erforschung des Demografischen Wandels, Rostock
- Norbert F. Schneider, Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, Wiesbaden
- Wolfgang Lutz, Vienna Institute of Demography / Austrian Academy of Sciences und Wittgenstein Centre for Demography and Global Human Capital, Wien

ISSN: 1613-5822
Verantwortlicher Redakteur: Roland Rau (V.i.S.d.P.)
Redaktionsleitung: Tomma Schröder
Wissenschaftliche Beratung: Katja Köppen, Roland Rau
Technische Leitung: Silvia Leek **Layout:** Maike Kehler
Druck: Druckerei Weidner GmbH, 18069 Rostock
Anschrift: Max-Planck-Institut für demografische Forschung Konrad-Zuse-Str. 1, 18057 Rostock, Deutschland
Telefon: (+49) 381/2081-143 **Telefax:** (+49) 381/2081-443
E-Mail: redaktion@demografische-forschung.org
Web: www.demografische-forschung.org
Erscheinungsweise: viermal jährlich

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht notwendigerweise die Meinung der Herausgeber oder der Redaktion wieder. Der Abdruck von Artikeln, Auszügen und Grafiken ist nur für nichtkommerzielle Zwecke bei Nennung der Quelle erlaubt.
Um Zusendung von Belegexemplaren wird gebeten.

Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e.V.

Kontakt:
heike.trappe@uni-rostock.de I Universität Rostock